

Laibacher Zeitung.

Nr. 284.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzjährig fl. 5.50. Für die Anfertigung ins Haus halbjährig fl. 3.00. Mit der Post ganzjährig fl. 7.50.

Dienstag, 10. Dezember

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: einmal 60 kr., zweimal 90 kr., drittmal 120 kr., vierteljährig 300 kr., halbjährig 500 kr., jährlich 800 kr.

1872.

Amtlicher Theil.

Der Minister des Innern hat auf Grund der erhaltenen Allerhöchsten Ermächtigung und im Einvernehmen mit den betheiligten anderen k. k. Ministerien den Herren Joseph Mauthner, Albert Berger und Otto Trapp die Bewilligung zur Errichtung einer Aktiengesellschaft unter der Firma „Austro-russischer Bankverein“ mit dem Sitze in Wien und einer Zweigniederlassung in St. Petersburg erteilt und deren Statuten genehmigt.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit den betheiligten anderen k. k. Ministerien der „Société belge des charbonnages de Bohême“ zu Brüssel in Belgien die Bewilligung zum Geschäftsbetriebe im Königreiche Böhmen erteilt.

Der Minister des Innern hat die Ingenieure im Ministerium des Innern Ferdinand Gaube und Karl Beckmann zu Obergingenkuren, dann den oberösterreichischen Bauadjuncten Albert Beer, den galizischen Bauadjuncten Karl Reichersdorfer und die Bauadjuncten im Ministerium des Innern Julius Romano Ritter v. Ringe und Franz Hoffmann zu Ingenieuren im Ministerium des Innern ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Vom Tage.

Die Landtage haben ihre Action für das Jahr 1872 geschlossen. Die „Presse“ knüpft an diese Thatfache nachfolgenden Zusatz: „Den Schluß der Landtagsession bezeichnet diesmal ein für die constitutionelle Entwicklung unseres Staatslebens höchstbedeutendes Datum. Die Landtage haben, soweit es sich um die Vorname von Ergänzungswahlen handelte, ihre verfassungsmäßige Pflicht, in den Reichsrath zu wählen, hoffentlich zum letztenmale ausgeübt. Der Wiederzusammentritt der Landtage soll bereits jene große Reform durchgeführt finden, die das Central-Parlament unabhängig macht von dem Wohl- oder Uebelwollen irgend eines kleinen Landesparlaments und die zugleich die Wirksamkeit jedes einzelnen Landtags in seiner wahren Sphäre wesentlich erleichtert, indem sie ihn ungeschmälert der Sorge für das Landeswohl aufbewahrt und ihn dem wiederkehrenden Parteihader über Form und Competenz der Reichsvertretung gänzlich entrückt. Es ist das ein Tausch, mit dem beide Theile nur zufrieden sein können, insofern man nicht die Pflicht, deren Ausübung man bisher hartnäckig verweigerte, heute plötzlich als Recht reklamiert, weil man damit den Boden verliert, von dem aus man immer noch den Verfassungs-Organismus aus den Angeln heben zu können vermeinte. Der Hinblick auf dieses unmittelbar bevorstehende Reformwerk läßt den Schluß der Landtage in einem bedeutenderen Lichte erscheinen, als es sonst unter gewöhnlichen Verhältnissen der Fall wäre. Nur die Ruhepause weniger Tage trennt uns von dem Beginne des Reichsrathsfeldzugs. Ja es ist ein Bedürfnis und eine Beruhigung zugleich, es auszusprechen, daß die Resultate der Landtagsession als günstige zu betrachten sind, daß die Stellung des Ministeriums, das zur Durchführung der Reform berufen ist, durch sie nicht im mindesten alteriert wurde, vielmehr so günstig ist, wie nur je, und daß somit alle Garantien für das Gelingen des Werkes geboten erscheinen. Nicht mit eitler Zuversicht, wohl aber ernstgehobenen Muthes können demnach Regierung und Verfassungspartei an jene große Arbeit gehen, die bestimmt ist, dem Reiche zu geben, was des Reiches ist: ein starkes, unabhängiges Centralparlament aus directer Wahl. Die Landtage schließen, und der Reichsrath beginnt, könnte diesmal der Reichsrath schließen ohne seine Aufgabe beendet zu haben, wir ständen dann vor dem Beginn eines Landtagschaos, dessen Ende unabsehbar wäre. Wir hoffen fest, diese Eventualität schon heute als völlig abgewendet bezeichnen und die Landtage bei ihrem nächsten Zusammentritt als mit dem Centralparlamente nicht mehr verquickte, in ihrer eigenen Sphäre erstarkte Landesvertretungen begrüßen zu können.“

Das genannte Blatt constatirt, daß die Wahlreform das eigentliche Problem der kommenden Reichsrathsession bilden und daß es an der Verfassungspartei sein werde, entweder die Hoffnungen der Föderalisten

auf alle Ewigkeit einzufügen oder die Verfassung gründlich zu ruinieren. Die „Presse“ schreibt: „Hat die erste Hälfte dieser siebenten Reichsrathsession vollauf zu thun gehabt, den unter Hohenwart nahezu aus den Fugen gegangenen Staat nothdürftig wieder einzurenken, so wird es die Aufgabe der zweiten Periode sein, der Wiederkehr ähnlicher Attentate unverrückbare Riegel vorzuschieben.“

Jene Kostrennung des Abgeordnetenhauses von den Landtagen, welche schon die Thronrede vom Dezember 1869 in Aussicht nahm, das Ministerium Potocki zum Ecksteine seines Programms erhob, die Thronrede vom Dezember 1871 aufs bestimmteste als unabweisbares Bedürfnis proclamierte — das Ministerium Auersperg kann auch nicht einen Augenblick daran denken, dem wiederholt gegebenen formellen Versprechen untreu zu werden, daß es die Wahlreformfrage an demselben Tage einbringen werde, wo es der Zweidrittelmajorität dafür sicher sei. Darüber herrscht also auch nicht der geringste Zweifel; ein Wahlreformgesetz, das die Regierung für zweckentsprechend hält, für das sie der Sanction seitens der Krone gewiß ist und über das sie sich bis dahin doch jedenfalls mit den Führern der Verfassungspartei verständigen muß, wird gleich nach dem Anfange der Session eingebracht werden. „Damit freilich,“ fährt das genannte Blatt fort, „ist das Schicksal der Verfassung und der Verfassungspartei selber ausschließlich in die Hand dieser letzteren gelegt.“

In Oesterreich liegt eben, wie jeder zugeben wird, der Land und Leute halbwegs kennt, eine slavisch-meritocrale Majorität, die uns erst die Ehe- und Schulgesetze, später vielleicht auch die Verfassung fortresidirt, keineswegs außer dem Bereiche der Möglichkeit, wenn die Wahlreform lediglich nach der liberalen Schablone in Angriff genommen wird. Hier heißt es darum, in erster Linie alle praktischen Rücksichten genau abwägen und über der Schale nicht den Kern der Sache übersehen. Sonst könnten wir Gefahr laufen, uns gerade durch die Wahlreform selber jenen Reichsrath auf den Hals zu laden, den Hohenwart den Deutschen nicht zu octroieren vermochte!

Der wiener Correspondent des „P. U.“ fügt der Meldung über die Verleihung des Commandeurkreuzes des Leopoldordens an Herrn von Hopfen folgendes bei: „Da diese Verleihung mit dem politischen Wirken des Ausgezeichneten motiviert wird, so hat man gewiß ein Recht, in ihr ein neues, der Verfassungspartei günstiges Symptom zu erblicken. An dieser Thatsache wird durch die von einem Statte dieser Decoration beigefügte Meldung, die Auszeichnung gelte dem Präsidenten der Delegation, wenig geändert, denn einestheils ist der Präsident der Delegation und des Reichsrathes, welche beide Stellen Herr v. Hopfen vereint, nicht zu trennen, und gehört in beiden Hopfen unbestreitbar zur Verfassungspartei. Wahrscheinlich soll mit der Betonung der Delegationsthätigkeit angedeutet werden, daß der Antrag auf diese Auszeichnung vom gemeinsamen Ministerium ausging, was wohl richtig sein dürfte, gewiß aber nur im vollen Einverständnisse mit der cisleithanischen Regierung geschehen ist.“

Bur Action der Landtage.

(6. Dezember.)

Niederösterreich. Der Landtag erledigte zwei wichtige Gegenstände ziemlich rasch, den ersten, das wiener Stadtanlehen von 63 Millionen Gulden. Die Frage der Vermehrung der Landtagsabgeordneten von Wien und den Landgemeinden wurde nach dem Ausschlußantrag entschieden: 9 Abgeordnete mehr, also 22 statt 13 für Wien, und 5 Abgeordnete mehr für die Landgemeinden, und zwar speziell für die Vororte Wiens.

Oberösterreich. Der Statthalter beantwortet zwei Interpellationen, betreffend die Ertheilung des Religionsunterrichtes an Volksschulen und die Grundsteuerregulierung. Zum Kurhausbau in Hall werden 70.000 fl. bewilligt.

Salzburg. Die Salzach-Entsumpfung, die Regulierung von Seen und die Bewirtschaftung von Gemeindegewässern werden nach den Ausschlußanträgen erledigt. Die Bemessung der Gemeindezuschläge von der Einkommensteuer der Eisenbahnen ruft eine erregte Debatte hervor, und wird schließlich ein Vermittlungsantrag Ehtari's angenommen.

Böhmen. Ueber Antrag der Budgetcommission wurden die im Berichte des Landesauschusses betreffs der Ueberschwemmung gestellten Anträge angenommen

und wurde dem Statthalter für sein erfolgreiches Wirken gelegentlich der Ueberschwemmung der Dank des Landes votiert. Das Normalpensions-Präliminare und Schulbezirks-Präliminare wurden angenommen. Der Orts- und Bezirksschulaufsichts-Gesegentwurf wurden bis Kapitel Bezirksschulaufsicht erledigt. Der Commissionsantrag betreffs der Wahl des Ortsschulinspectors wurde abgelehnt und die bisherige Gesetzesbestimmung beibehalten. Der Statthalter beantwortet die Interpellation, die deutsche Oberrealschule betreffend, dahin, daß die Regierung den gerügten Uebelständen abhelfen werde. Die Orts- und Bezirksschulaufsichts-Gesegentwürfe werden in dritter Lesung angenommen. Der Antrag wegen Steuerbefreiung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften wird der Regierung zur thunlichsten Berücksichtigung zugewiesen. Der Gesegentwurf betreffend die Steuergeldfonds und die landwirthschaftlichen Vorschusskassen wird in dritter Lesung angenommen.

Mähren. Der Antrag, die Regierung zur Vorlage eines Gesegentwurfes über die innere Einrichtung der Grundbücher aufzufordern, wird angenommen. Die auf die Revision der Landtagswahlordnung bezüglichen Gesegentwürfe werden in dritter Lesung angenommen. Der Verkauf des alten und der Bau eines neuen Landhauses wird beschlossen. Der Statthalter ergränzt die Beantwortung einer Interpellation dahin, daß die militärisch-technische Prüfung der Eisenbahnprojecte Brünn-Prabusch-Landesgrenze und Brünn-Iglau stattfindet und daß mit den Concessionsbewerbern die Verhandlungen demnächst beginnen. Nach langer Debatte über die Grundsteuerregulierung wird die Resolution angenommen, worin der Landtag die Erwartung ausdrückt, daß die Regierung auf jede thunliche Weis. die Abwehr der Steuerüberbürdung veranlassen werde.

Galizien. Ziemalowski interpellirte den Regierungskommissär über die Abschaffung des polnischen Rechts als Prüfungsgegenstand an der kralauer und lemberger Hochschule. — Mit 103 gegen 3 Stimmen wurde folgender Dringlichkeitsantrag Swarzewski's angenommen: In Erwägung, daß der Landtag wegen der kurz zugemessenen Zeit außer Stande ist, die größeren und wichtigeren Vorlagen durchzuberathen, und daher die Gesegentwürfe, betreffend die Gemeindeform und die Aufhebung der Propination von der Tagesordnung abgesetzt werden mußten, drückt er den Wunsch aus, sofort nach Ablauf der nächsten Reichsrathsession wieder zusammentreten zu können. Das Straßenneugesetz und der Entwurf über die Vicinalbahnen wurden angenommen und die Regierung aufgefordert, die Militärstraßen ausschließlich auf Staatskosten zu conservieren. Der tanover Domherr Krol protestirt gegen das votierte Gesetz über den Verkauf der Meßgebühren. Das Marschalls-Bureau verweigert die Annahme des Protestes, worauf Krol denselben zurückzieht. Der Landesauschuss erhält den Auftrag, gegen die Absicht, das Branntweinsteuergesetz zu ändern, höhernorts eine Vorstellung einzureichen. Die Diäten der Deputierten werden auf 5 fl. erhöht, desgleichen werden die Theuerungsbeiträge für die Landesauschuss-Beamten bewilligt. Gelegentlich der Debatte über die Einführung der Friedensrichter verneint der Regierungskommissär die Landtagscompetenz. Rechtsprofessor Rabat setzt die Mislage des Landes hinsichtlich der Bezirksgerichtsbarkeit auseinander und sagt, durch die Annahme des Gesetzes trotz Competenzrücksichten manifestiere man das grolle Landesbedürfnis nach Abhilfe. Hierauf wird das Friedensrichtergesetz einstimmig angenommen. Ueber den Bericht des Finanzausschusses verweigert der Landtag der Regierung das Absolutorium für die Grundentlastungsfonds-Rechnung pro 1871 und wird dieselbe bloß zur Kenntnis genommen. Bei der Debatte über den Landesfonds-Rechnungsabschluss pro 1871 kritisirte Ziemalowski in scharfer Weise die Seberung des Landesauschusses und wies grolle Buchhaltungsmängel nach. Die Landesauschussmitglieder vertheidigten sich. Der Landtag ertheilte das Absolutorium, weil keine Unredlichkeit vorgekommen ist. Der Landesersordernis-Zuschlag pro 1872 wird mit 29 kr. festgesetzt.

Bukowina. Der Gesegentwurf, betreffend die Aufhebung der Bezirksvertretungen, und die Resolutionen wegen Uebernahme des Wirkungsbereiches derselben durch den Landesauschuss, sowie wegen Zusammenlegung von Gemeinden werden angenommen.

Steiermark. Der Landtag beschloß nach heftiger Debatte den Verkauf des landschaftlichen Theaters um 200.000 fl., eventuell, wenn sich bis Dezember 1872 kein Käufer findet, den Umbau desselben mit einem Kostenaufwande von 100.000 fl.

Kärnten. Hochs Antrag gegen die Jesuiten ist von 26 Genossen unterstützt. Der Abgeordnete Pongraz (Lavantthal) überreicht vier Petitionen um Rechtsschutz für die Gesellschaft Jesu. Der Abgeordnete Hillinger beantragt bei dem Umstande, daß alle kärntnerischen Flüsse ausgetreten sind und enormen Schaden anrichteten und die finanziellen Kräfte des Landes bei einer Landesumlage von 78 pCt. total erschöpft sind, so daß der Landtag nur 8500 fl. bewilligen konnte, die Regierung um ausgiebige Unterstützung aus Reichsmitteln zu ersuchen. Die neue Dienstbotenordnung wird angenommen. Dr. Dinzl, Berichterstatter des politischen Ausschusses, referiert über den Antrag Hochs betreffend die Jesuitenausweisung und beantragt, die Regierung zu bitten, gelegentlich der Regelung der confessionellen Fragen eine Gesetzesvorlage einzubringen wegen Ausweisung der Jesuiten aus Cisleithanien. Nachdem Bischof Wierzb und Einspieler dagegen gesprochen, wird der Ausschussantrag mit allen gegen 4 Stimmen angenommen.

Das Ministerium Szlavy

wird nahezu von sämtlichen Blättern freundlich begrüßt. Die ungarischen Journale beschäftigen sich sehr rührig mit der Rede, mit welcher Szlavy das Cabinet im Reichstage einführte.

„Naplo“ sagt, die Rede sowohl als das ganze Vorgehen Szlavy's zeigen, er wolle nicht die persönliche Frage in den Vordergrund drängen, was sehr zu billigen sei.

Der „Beste Lobd“ findet, daß die schlichte, geschäftsmäßige Rede Szlavy's von einer richtigen Erkenntnis der Bedürfnisse zeuge und eine Gewähr biete, daß die Regierung ihre Aufgabe erfüllen werde.

Das genannte Blatt schließt seine Besprechung mit nachstehender Stelle: „Und was uns in der Rede des Herrn v. Szlavy besonders wohlthuend berührt hat — das war die Aufrichtigkeit und Wahrhaftigkeit, die sie durchzieht. Der Mann gibt sich, wie er ist, und reflectiert die Dinge, wie sie sind. Da ist keine Entstellung und keine Verstellung, keine Hohlheit und kein trügerischer Schein. In hoc signo vinces — möchten wir ihm zurufen. Die Wahrheit ist für sich allein mächtig genug, um auf die Dauer über Lüge und Heuchelei den Sieg davonzutragen, und sollte irgendwo auf dem Grunde unserer politischen Strömung sich Falschheit und Hypokrisie einnisten wollen, so werden sie vor der Lauterkeit und Wahrheit in der Handlungsweise der Minister zurückweichen, wie die Geister der Nacht vor dem Licht. Vorwärts denn mit Kraft und Ausdauer! Man erwartet von dem Ministerium keine himmelfürmende Thaten, sondern eine ersprießliche, consequent fortschreitende Arbeitsamkeit, und an der Mitwirkung der Reichstagsparteien wird es nicht fehlen. Denn täuschen wir uns nicht, so ist auch die Opposition des aufreibenden Kampfes müde geworden, auch in ihr scheint Sehnsucht nach den Gütern des Friedens erwacht zu sein, und gewiß hat Herr v. Szlavy nicht vergeblich an ihren Patriotismus appelliert. Der Beifall, den sie dem Appell zollte, gilt uns als eine der erfreulichsten Kundgebungen.“

Zu ähnlichem Sinne spricht sich „Magyar Politika“ aus.

„Ellenör“ bezeichnet die Rede als eine ernste, vernünftige, höfliche, vorsichtige und verspricht die Ursachen des Cabinetwechsels demnächst zu besprechen.

„Hon“ sagt, Szlavy hielt eine kluge Rede; aber dies sei nicht genug. Er müsse die materia peccans, die mit Vonyay nicht ganz ausgeschieden, scharf im Auge behalten.

Ueber den Pairschub in Preußen

werden bereits Journalstimmen laut. Die „Kölnische Zeitung“ meldet: „Die Herabminderung der Zahl der neuen Herrenhaus-Mitglieder hat den Sinn, daß auf eine grundlichere Reform des Herrenhauses, zu welcher dieses Haus seine Zustimmung geben mußte, vorläufig verzichtet werden soll; auf wie lange die Verzichtsleistung möglich, das würde demnächst von der Haltung abhängen, welche das Herrenhaus den bevorstehenden sogenannten Kirchenpolitischen Vorlagen des Cultus- und Justizministeriums gegenüber einnehmen wird. Auch in betreff der Kreisordnung sollen gewisse Führer des Herrenhauses auf Kosten des Grafen Eulenburg und des Abgeordnetenhauses ein „Etiquette-Zustandnis“ verlangen. Diese Herren, man nennt sogar den Grafen Münster unter denselben, wollen garantieren, daß ihre Kollegen in nöthiger Anzahl die Kreisordnungs-Vorlage der Regierung, wie sie vom Abgeordnetenhaus unverändert angenommen ist, ohne jede sachlich-wesentliche Abänderung annehmen, aber doch nur gegen das Zugeständnis, daß einige unwesentliche Abänderungen angebracht werden, welche dann vom andern Hause nochmals wieder zu berathen und zu genehmigen wären, lediglich — damit das Herrenhaus nicht gedemüthigt erscheine. In liberalen Kreisen wird aber daran festgehalten, daß gegenüber etwaigen Abänderungen der Kreisordnung im Herrenhause das Abgeordnetenhaus seine Beschlüsse einfach wieder herstellen werde. Als selbstverständlich wird daher vorausgesetzt, daß der Minister des Innern im Herrenhause jede Abänderung als Ablehnung bezeichnen werde.“ — Die „Provinzial-Correspondenz“ sagt, indem sie das mehrach an die Regierung gestellte Anstehen erwähnt, vor dem Pairschube eine Verständigung mit dem jetzigen Hause zu versuchen: „Wenn auch die versöhnlichen Stimmungen vieler Mitglieder nicht ohne jeden Einfluß bleiben konnten, so erschien es doch im allseitigen Interesse geboten, die Hoffnungen und Erwartungen bezüglich der neuen Verhandlungen nicht ausschließlich oder vorzugsweise auf jene innere Umsimmung zu gründen. Die Regierung rechnet aber allerdings darauf, daß auch die Mitglieder der bisherigen Mehrheit mit besonnerer patriotischer Erwägung der Durchführung des von der Krone festbeschlossenen Werkes keinen weiteren Widerstand entgegensetzen werden.“

Politische Uebersicht.

Laibach, 9. Dezember.

Das ungarische Amtsblatt bringt nebst der Allerhöchsten königlichen Entschliessung, womit Szlavy zum Präsidenten des kön. ung. Ministeriums ernannt wird, eine zweite Allerhöchste Entschliessung, womit Bela Freih. v. Wenckheim zum Minister am königlichen Hoflager, Karl v. Reklapolyi zum Landesfinanzminister, Wilhelm v. Toth zum Minister des Innern, Theodor

Pauler zum Justizminister, Ludwig v. Tisza zu Minister für öffentliche Arbeiten und Communicationswesen, August Trefort zum Minister für Cultus und öffentlichen Unterricht, Peter Graf Pejacovich zum kroatisch-slavonisch-dalmatinischen Minister neuerdings ernannt, beziehungsweise dieselben in ihren diesfälligen bisher bekleideten Stellungen bestätigt, endlich dem Gouverneur von Fiume und des ungarisch-kroatischen Küstenlandes Joseph Graf Zichy der Jüngere zum Minister für Ackerbau, Handel und Gewerbe ernannt werden

Das preussische Herrenhaus begann am 7. d. die Specialdiscussion der Kreisordnungsvorlage. Die §§ 1 bis 7 wurden unverändert angenommen. Das erste Amendement der Fraction Stahl zu § 8, welches der Minister des Innern für unannehmbar erklärt, wird bei namentlicher Abstimmung mit 114 gegen 87 Stimmen, die folgenden Amendements zu § 23 und 26 werden gleichfalls abgelehnt. Die Fraction Stahl zieht alle weiteren Amendements zurück und verzichtet auf jede weitere Discussion (lebhafter Beifall), worauf alle Paragraphen der Vorlage ohne Debatte unverändert angenommen werden. — Der Beschluß des Herrenhauses, die Kreisordnung im Plenum vorzubringen, wird in maßgebenden Kreisen als werthvolles Entgegenkommen betrachtet, da die Regierung dadurch Gelegenheit bekommt, vor der Schlussberatung auf die Zurücknahme etwaiger Amendements hinzuwirken. — Gegenüber den Gerüchten, daß der Kriegsminister und der Landwirtschafts-Minister in Preußen um ihre Entlassung nachgesucht hätten, vermag die „Kreuzzeitung“ mit größter Bestimmtheit nur mitzutheilen, daß der Kriegsminister einen längeren Urlaub nachgesucht und bis März erhalten hat.

Präsident Thiers empfing am 5. d. abends zahlreiche Mitglieder der Linken, welche ihn baten, daß er trotz des Sieges der Rechten derselben keinerlei Zugeständnisse machen möge. — Es verlautet, daß sämtliche Minister ihr Entlassungsgesuch wiederholt hätten. — Die französische Nationalversammlung hat am 7. d. das Budget des Ministeriums des Aeußeren berathen.

Auf einer Interpellation Machi's in der italienischen Kammer antwortet Finanzminister Sella, daß er die Eintragung der infolge des Garantiegesetzes dem heil. Stuhle zukommenden Rente in das große Buch angeordnet und Antonelli verständigt habe, daß das betreffende Certificat zur Verfügung des heil. Stuhles stehe. Antonelli dankte und erklärte, daß er es nicht annehme könne.

Die „Independance belge“ meldet aus Madrid, daß das Budget entsprechend dem Anträgen des Finanzministers vom Congresse angenommen werden wird. Die neuen Steuern werden vom 1. Jänner an eingehoben werden. Die öffentliche Meinung ist über den sogenannten republikanischen Aufstand nicht mehr besorgt. — Nach madriker Meldung sammelten sich in Madraga am 4. nachts wieder Volksmassen in den Straßen an, die sie mit dem Rufe: „Es lebe die Republik!“ durchzogen. Einige Polizeibeamten wurden mit Steinenwürfen tractiert.

Das Repräsentantenhaus in Washington nahm die Vermehrung des Effectivstandes der Marine um 10 Corvetten an. Zahlreiche Redner sprachen dagegen und machten geltend, daß Amerika nicht nöthig

Feuilleton.

Ritter Plaubart.

Novelle von Albert Reinhold.

(Fortsetzung.)

Lange aber dauerte Lenore's Unschlüssigkeit gewiß nicht, es war nur ein kurzes Bestehen. Schnell schwang sie sich dann über die Mauer, und mit klopfendem Herzen und wogender Brust fühlte sie den Grund und Boden des Nachbarn unter ihren Füßen. Sie besann sich einen Moment, welchen Weg sie einschlagen sollte. Das Haus schimmerte, hell vom Monde beleuchtet, freundlich aus dunkler Umhüllung hervor und ließ sie mit leichter Mühe den Weg finden. Jetzt stand sie vor der Thür — mit fester Hand zog sie die Glocke.

In diesem Augenblicke dachte Lenore erst daran, daß sie nichts zu thun, sich wenigstens auf den er Moment unkenntlich zu machen. Da stand sie in ihrem hellen, lustigen Sommerkleide, kein Tuch schützte die vollen, entblößten Schultern vor Kälte, kein Schleier ihr Gesicht. Aber das Öffnen der Hausthüre machte schon ihrem Nachdenken über diesen Punkt ein Ende.

„Ich möchte den Freiherrn von Werden sprechen,“ flüsterte sie hocherröthend.

Der Diener sah sie verwundert an, dann zuckte ein impertinentes Lächeln um seine Lippen.

„Ah so, ich begreife, schönes Fräulein. Na, das nimmt mich aber wunder, da sind Sie wahrlich die erste, die durch ihr hübsches Lächeln sein schönes Herz bezwungen hat.“

Lenore wurde blaß, sie stieß einen Schreckensruf aus.

„Underschwämmer Kerl!“ donnerte in demselben Augenblicke eine Stimme, und der erschrockene Diener flog wie

ein Hund zur Seite. „Gnädiges Fräulein, Sie erlauben?“ fügte Freiherr von Werden dann zu der bleichen Lenore hinzu, indem er ihr den Arm bot.

Zitternd legte Lenore ihren Arm in den seinen, halb bewußtlos ließ sie sich von ihm die Treppe hinanzuführen. Die Worte des Dieners gaben ihr halb und halb die Ueberzeugung, daß sie etwas sehr Unschickliches begangen und sich dadurch in eine äußerst peinliche Lage gebracht habe. Der Freiherr führte sie in ein kleines, freundliches Gemach, so wohnlich und gleichzeitig so elegant eingerichtet, wie sie es im Hause der Geheimrätin gewiß nicht gefunden hätte. Die gute Frau war mehr für Solidität und Dauerhaftigkeit, als für Eleganz und modernen Geschmack.

„Mein Gott,“ murmelte Lenore, „was soll ich beginnen?“

Lenore stand rathlos, aber der Freiherr von Werden nicht minder. Wohl glitten seine Augen mit Entzücken über die zarte Gestalt mit dem lieblichen, holden Gesichtchen, welches wie von Purpurröthe übergossen war, aber gleichzeitig drückte sein Antlitz auch das höchste Erstaunen aus.

„Mein Fräulein, was verschafft mir die Ehre Ihres Besuches?“ fragte der Freiherr, um dem peinlichen Schweigen ein Ende zu machen.

„Ich habe Ihre Schwester gefunden,“ entgegnete Lenore nach kurzem Bestehen.

„Ist's möglich? O, mein Gott, wie soll ich Ihnen danken?! Sie machen mich überglücklich — wo ist sie?“ rief er freudig aus, indem er Lenore voll unaussprechlicher Dankbarkeit anblickte.

„Sie ist nicht hier, aber sie ist sicher aufgehoben.“

„Nicht hier — aber wo denn, mein gnädiges Fräulein? Ich fürchte, meine arme Lydia ist nirgends gut aufgehoben als bei mir.“

„Sie ist in unserem Hause,“ lautete Lenore's Antwort.

„So werde ich Sie begleiten und sie zurückholen, gnädiges Fräulein.“

„Nein, nein, um's Himmelswillen nicht, Herr von Werden — begehnen Sie keine Unvorsichtigkeit. Niemand im Hause weiß und darf es wissen, daß Ihre Schwester bei mir ist,“ rief Lenore angstvoll aus.

„Niemand weiß es? Auch Ihre Tante nicht?“ fragte der Freiherr verwundert.

„Auch meine Tante nicht, und gerade sie am allerwenigsten darf so überrascht werden. Nein, nein, Herr von Werden, nicht darum bin ich hergekommen, ich — ich dachte nur, Sie wären in Angst und Unruhe um die Verlorene —“

„Und um mich aus dieser Angst und Unruhe zu befreien, sind Sie hierhergekommen?“ fragte er mit bebenden Lippen. „O, wie soll ich Ihnen danken!“

„Sie haben mir nicht zu danken, Herr von Werden, ich mache nur ein Unrecht wieder gut,“ sagte Lenore fast unhörbar. „Aengstigen Sie sich nicht mehr um Ihre Schwester, sie befindet sich unter meinem Schutze und meiner Obhut, ich werde sehen, ob es mir nicht gelingt, sie Ihnen wieder zuzuführen. Aber kommen Sie nicht, sie zu holen, ich bitte Sie darum, ich habe ihr versprochen müssen, sie zu schützen — sie scheint sich sehr sehrlich vor Ihnen zu fürchten.“

„Ich weiß es, gnädiges Fräulein, sie verwechselt mich mit einer anderen Persönlichkeit,“ sagte der Freiherr seufzend. „Ach, ich kann Ihnen nicht sagen, wie dankbar ich Ihnen bin, daß Sie sich der Armen angenommen, ich werde jetzt ganz ruhig sein, weiß ich sie doch unter einem Schutze, wie ich ihn mir nicht besser wünschen kann.“

Lenore erröthete tief.

Unter dreimaligem „Hoch“ und „Zivio“ wird die Sitzung beizungweise die heutige Landtagssession um 8 Uhr 15 Minuten abends geschlossen.

Der constitutionelle Verein

hielt gestern seine 43. Versammlung. Dr. v. Schrei sprach über den 1. Punkt der Tagesordnung: „Die Prozeffionen für den Papst und das Versammlungsrecht.“ Der Redner constatierte in sarkastisch-humoristischer Sprachweise: daß die Wächter des Vereinsgesetzes nur zu oft die weltlichen Uebertreter desselben mit strengem Arm ergreifen, politische Vereine wegen winziger Ueberschreitung der Statuten auflösen und das Versammlungsrecht möglichst beschränken, während Ausschreitungen des Klerus auf der Kanzel, aufreizende Reden desselben bei Wallfahrten und Bittgängen für den Papst in Oesterreich unbestraft stattfinden. Frankreich setzt auf clericalen Ausschreitungen schwere Gefängnis- und Geldstrafen fest; Deutschland räumt mit den Feinden des Staates und der Freiheit auf. Wo bleibt bei uns die Gleichheit vor dem Gesetze? — Warum ist in Oesterreich den Vollstreckern des Gesetzes gegenüber der Jesuitenpartei die Hand gebunden? — Der durch Beisatzrufe mehrmals unterbrochene Redner beantragt eine Resolution: Der constitutionelle Verein wolle dahin wirken, daß das Vereinsgesetz in Beziehung auf öffentliche Versammlungen auch auf Wallfahrten und öffentliche kirchliche Aufzüge in Anwendung komme. (Wird angenommen.)

Dr. v. Kallenegger gibt eine Revue über die soeben abgelaufene Landtagssession. Redner constatiert mit Befriedigung den ruhigen, ernstlichen und würdevollen Charakter der Session. Die Action bestand in erster Linie in der Behandlung der Regierungsvorlagen. Die Action des Landtages umfaßte folgende Gegenstände: 1. Einrichtung und Erhaltung der Volksschulen. 2. Rechtsverhältnisse der Volksschullehrer. 3. Beitragsleistung aus Verlassenschaften zum Normalchulafond. 4. Errichtung von Gemeinde-Vermittlungsamtern. 5. Straßengesetz. 6. Regelung des Landeshaushalts. 7. Errichtung einer Obst- und Weinbauschule in Wippach und einer Ackerbauschule in Unterkrain. 8. Steuerbefreiung der Erwerbsgenossenschaften. 9. Unterbringung der Jeren. 10. Direction der Wohlthätigkeitsanstalten. 11. Ernennung des Dr. Michal zum Landeschulrathsmittgliede. 12. Wahlverficierung. 13. Kaiseradresse. (Beifall.)

Regierungsrath Laschan hebt die correcte Haltung der verfassungstreuen Minorität des Landtages hervor und beantragt: derselben sei die Anerkennung durch Aufstehen von den Sitzgen ausgedrückt. (Wird angenommen.)

Dr. Suppan spricht über den dritten Punkt der Tagesordnung: „Das Prämienanlehen der Landeshauptstadt Laibach.“ Redner constatiert, die Stadt habe in neuester Zeit bedeutende, die Einnahmen weit übersteigende, unaufschiebbare und notwendige Auslagen zu bestreiten. Die Erhaltung der Schulen nehme mehr als jährlich 10.000 fl. in Anspruch; die Gehalte und Pensionen der städtischen Beamten und Diener müßten erhöht werden; der Bau einer Volksschule, Mädchenschule, Bürgerschule, Schwimmschule, Militärlagerne, die Stadterweiterung, Wasserleitung u. a. werden große Geldsummen in Anspruch nehmen. Die Geldmittel werden im Wege eines unverzinslichen und binnen 50 Jahren in Annuitäten à 65.000 fl. rückzahlbaren Prämienanlehens ohne Belastung der Steuerträger beigebracht werden. Die hieraus entstehenden Gebäude werden durch Zinsetrag bei der Rückzahlung mitwirken. Der krainische Landtag genehmigte dieses Project. Redner beantragt eine Resolution: der constitutionelle Verein erkennt in diesem Anlehen eine unerlässliche Bedingung für den Aufschwung und die materielle Fortentwicklung der Landeshauptstadt Laibach; der Verein wird gehörigen Orts den Wunsch ausdrücken, daß diesem Projecte die Genehmigung zutheil werde. (Beifall.)

Hiernach wird die Versammlung geschlossen.

(Theaternachricht.) Mittwoch den 11. d. geht als Benefizvorstellung des Fräuleins Brambilla „Therese Kronos“ in Szene. Die verdienstvolle fleißige

Schauspielerin und schätzenswerthe Darstellerin jüngerer Damenrollen will uns einen ganz besonders angenehmen Abend verschaffen. Ueber persönliche Einladung der Benefiziantin wird Fräulein Minna Schenk-Ulmayer, die gefeierte erste Localfängerin am Stadttheater in Graz, den Hauptpart — die Titelrolle — übernehmen; Herr Aufim tritt als „Raimund“ in Szene. Wir werden uns jedenfalls eines theatralischen Hochgenusses zu erfreuen haben und wünschen deshalb auch der Benefiziantin ein recht volles Haus.

(Theaterbericht vom 9. d.) Rosenthal's „Orsini“ wurde vom mittelgut besuchten Hause sehr beifällig aufgenommen. Sämmtliche Rollen waren bestens studiert, die Costüme historisch treu gewählt; das ganze Drama ging ohne Störung recht gut über die Bretter. Als hervorragende Leistungen bezeichnen wir jene der Herren Carode (Venier), Röder (Medici), Hofbauer (Bernardo), Wauer (Orsini), der Fräulein Brambilla (Bianca) und Brand (Isabella.) Das Haus zeichnete die Darsteller in den vier letzten Akten durch Hervorrufe auf offener Szene und nach den Actschlüssen aus.

(Aus dem Amtsblatte.) Kundmachung betreffend die Besetzung einer Oberlandesgerichtsrathsstelle in Graz. — Vorladung betreffend die Einzahlung von Steuerrückständen.

(Schlußverhandlungen beim k. l. Landesgerichte in Laibach.) Am 11. Dezember. Josef Pirnat: Diebstahl; Johann Mlatar: schwere körperliche Beschädigung; Martin Roth: schwere körperliche Beschädigung; Andreas Merdant: schwere körperliche Beschädigung. — Am 12. Dezember. Barilmä Semrajc: schwere körperliche Beschädigung; Mathias Kramar: schwere körperliche Beschädigung; Johann Jugar: schwere körperliche Beschädigung. — Am 13. Dezember. Ignaz Vogel: Todtschlag; Johann Miklaucic: Raub.

Neueste Post.

(Original-Telegramm der „Laibacher Zeitung.“) Berlin, 9. Dezember. Das Herrenhaus nahm definitiv das ganze Kreisordnungsgesetz mit 116 gegen 91 Stimmen an. Die „Nationalzeitung“ bezeichnet den Rücktritt Noons für gesichert.

Paris, 8. Dezember. Das „Journal officiel“ veröffentlicht die Ernennung Goulards zum Minister des Innern Leon Say's zum Finanzminister, Fortou's zum Minister der öffentlichen Arbeiten und Calmons zum Seinepräfecten.

Der telegraphische Wechsel-Curs ist uns bis zum Schlusse des Blattes nicht zugekommen.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Der Real-Credit in Krain.

Volkswirtschaftliche Skizze von Gustav Džiski. (Fortsetzung.)

Ich scheue mich daher auch nicht mit der Behauptung aufzutreten, daß mit dem Augenblicke, wo die krainische Sparkasse einem Grundbesitzer ein Hypothekendarlehen gewährt, in den meisten Fällen der wirtschaftliche Ruin desselben angebahnt ist, und daß durch die krainische Sparkasse der Realcredit in Krain gesperret werden wird.

So gewagt auch diese Behauptung erscheinen mag, so ist sie dennoch wahr, und werde ich dies nachstehend begründen.

Die krainische Sparkasse bewilligt namentlich dem kleinen Grundbesitzer nur nach Maßgabe des Katastral-Reinertragnisses, mit Ausschluß aller andern bewährten Taxprinzipien, Hypothekendarlehen, allein auch noch mit der Beschränkung, daß, wenn unter dem Besitze sich Wälder und Weingärten befinden, nur 1/3 des diesbezüglichen Reinertragnisses als Maßstab für die Bewertung dieser Bestandtheile der Realität genommen wird.

Schon hieraus geht hervor, daß die statutenmäßig zulässige Belehnungsquote der Sparkasse in fast allen Fällen bei weitem nicht zwei Drittel des wahren Wertes des Grundbesitzes erreicht.

Man kann zwar der krainischen Sparkasse über die Anwendung dieser Bewertungsfactoren vom Standpunkte der gesetzlichen Normen zur Bestimmung der Grenze der pupillarmäßigen Sicherheit keinen Vorwurf machen, allein, hat die Sparkasse innerhalb dieser durch Gesetz und Statuten beschränkten Grenze einen Realcredit bewilligt, so ist es fast eine Unmöglichkeit für den kleinen Grundbesitzer geworden, noch einen weiteren Realcredit von dritten Personen zu erlangen, und doch muß zugestanden werden, daß Cementarereignisse, Missernten, Viehsuchen und dergl. mehr selbst den sparsamsten und betriebfamsten Grundbesitzer in eine solche Nothlage versetzen, daß er nur mit Zuhilfenahme eines weiteren Realcredits, für welchen der reelle Werth seiner Realität auch noch vollständige Sicherheit liefert, herauszukommen vermag.

Von der Ansicht geleitet, daß ihm ein solcher Credit mit Hinblick auf den wahren Werth seines Grundbesitzes zutheil werde, versucht es der Grundbesitzer, da die Sparkasse ihm einen weiteren Credit nicht gewährt, den Credit des Privat-Kapitales in Anspruch zu nehmen.

Der Bedarf des kleinen Grundbesitzers in Krain erstreckt sich in solchen Fällen der Nothlage in der Regel nur auf einige hundert Gulden, er fängt an nach diesem Kapitale zu suchen und gelangt endlich zu der traurigen Ueberzeugung, daß ihm Pupillargelder nicht gegeben werden, weil die pupillarmäßige Sicherheit durch das Darlehen der Sparkasse erschöpft ist, Kapitalisten bemerken ihm, daß er bei der von ihm behaupteten hinlänglichen Sicherheit noch ein weiteres Darlehen bei der Sparkasse aufnehmen sollte, und wenn darauf erwidert wird, daß diese nach ihren Prinzipien ein weiteres Darlehen nicht verabsolge, so fertigt der Kapitalist den Grundbesitzer mit der Bemerkung ab, daß er für ein von ihm beehrtes Darlehen nicht mindere Sicherheit als die Sparkasse begehrt, und daß es ihm überhaupt nicht conveniere, einige hundert Gulden gegen verhältnismäßig geringe Zinsen, die er vielleicht noch mit langer Hand werde suchen müssen, gegen hypothekarische Sicherstellung auszuliehen.

Der bedrängte Grundbesitzer wendet sich jetzt vom Kapitalisten an Personen der dienenden Klasse, von denen er erfahren, daß sie durch jahrelangen Fleiß einige Ersparnisse erworben, allein von diesen wird er mit der Bemerkung abgewiesen, daß man die Prüfung des Wertes der offerierten Hypothek nicht verstehe, sohin auch nicht beurtheilen könne, ob dieselbe noch die notwendige und jedenfalls verlangte Sicherheit liefere, und daß man es daher vorziehe, um allen Inconvenienzen, welche mit der hypothekarischen Anlage verbunden sind und aus derselben entstehen können, zu entgehen, die Ersparnisse bei der Sparkasse oder bei einem anderen Geldinstitute anzulegen.

(Fortsetzung folgt.)

Sortoziehung vom 7. Dezember. Triest: 26 56 2 22 43.

Theater.

Genete: Pogumno Gorenjke. Singpiel in 3 Akten, nach dem deutschen „Die Weiber von Belde“ von Germonif.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with 6 columns: Zeit der Beobachtung, Barometerstand in Millimetern auf 0° reduziert, Lufttemperatur nach Celsius, Windrichtung, Windstärke in Stimmern, Niederschlag in Millimetern. Data for Dec 6, 9, 10.

Nachts ziemlich heiter. Vormittags trübe. Regen Mittag Regen, den ganzen Tag anhaltend. Das Tagesmittel der Wärme + 7.7°, um 8.2° über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Rittmann.

Börsenbericht.

Wien, 7. Dezember. Die Börse war sehr belebt und favorisierte neben den als Nebenpapiere geltenden Effecten heute auch die Hauptpapiere. In der allgemeinen Situation ergab sich keine wesentliche Veränderung.

Large financial table with multiple columns listing various securities, bonds, and exchange rates. Includes sections for 'Allgemeine Staatsschuld', 'Wiener Communalanlehen', 'Actien von Bankinstituten', 'Actien von Transportunternehmungen', and 'Prioritätsobligationen'.

habe, eine Seemacht sein zu wollen. Der Präsident ernannte den Gouverneur von Süd-Carolina, Scott, zum Gesandten in Petersburg.

Tagesneuigkeiten.

— (Neues Irrengeſetz.) Der oberſte Saatsrath beſchäftigt ſich gegenwärtig mit der Berathung eines Entwurfes zu einem Irrengeſetze, was bereits ein längſt empfundenes Bedürfnis iſt.

— (Eine neue illuſtrirte Zeitung in Deſterreich.) In jener vollendeten Form, wie Deutſchland deren bereits mehrere beſitzt, ſoll nun von der wiener durch ihre ausgezeichneten Leiſtungen beſtens bekannten literariſch-artiſtiſchen Anſtalt Gebrüder Deutſch ins Leben gerufen werden. Die Zeitung wird unter dem Titel „Neue illuſtrirte Zeitung“ im Laufe des Monats Dezember in mehreren Probenummern ausgegeben werden, der erſte Jahrgang beginnt mit 1. Jänner 1873. Als Redacteur fungirt J. Nordmann.

— (Gegen die Jeſuiten.) Der kärntneriſche Landtag hat in ſeiner Sitzung vom 5. d. den Antrag, es ſei die Regierung zu erſuchen, einen Geſeßentwurf über die Jeſuitenauſweiſung im Reichsrathe einzubringen, mit allen gegen 4 Stimmen (der des Fürſtbischofs und der Abg. Einſpieler, Jäger, Pontraz) angenommen.

— (Häuſereinſturz in Prag.) Am 7. d. um 10 Uhr vormittags fand ein zweimaliger Einſturz eines Neubaus am Heuwagſplaz ſtatt. Viele Arbeiter und Feuerwehrlente, die zu Hilfe kamen, wurden beim zweiten Einſturze unter den Trümmern begraben.

— (Blattern in Trieſt.) Am 8. d. kamen in der Stadt und im Territorium 7 Blatternfälle vor; ins Spital wurde 1 Erkrankter gebracht; 1 ſtarb, 14 wurden geheilt, 58 blieben in Behandlung.

— (Verkehrsſtörung.) Zwiſchen den Stationen Frieſch und Scheifling iſt infolge einer Erdabruſchung der Verkehr auf der Rudolfsbahn auf der Route nach Leoben gänzlich eingeſtellt. Frachten werden über Marburg verſendet.

— (Ueberschwemmung in Friaul.) Durch anhaltende ſtarke Regengüſſe entſtand eine große Ueberschwemmung. Der Iſonzo hat bei Jarra die Uferdämme durchbrochen. Einige Ortschaften ſind in größter Gefahr; ein Baubeamter wurde telegraphiſch dahin berufen.

— (Großer Waldbrand.) Aus Hermannſtadt wird unterm 5. d. dem „P. U.“ berichtet: „Seit vorgestern wüthet auf der ganzen Karpathenkette von Rakova angefangen auf den Eibin-, Zoodter- und Fogaraſcher Gebirgsabhängen dies- und jenseits des Abflusses in einer Ausdehnung von mindestens 8 Meilen ein fürchterlicher Waldbrand, der vermuthlich infolge der grenzenloſen Unvorſichtigkeit der Schäfer entſtanden ſein dürfte. Zur Nothzeit gewährt der rieſige Waldbrand einen ſchauerlich erhabenen Anblick. Der hiedurch verurſachte volkwirthſchaftliche Schaden iſt im Hinblick auf die in den nächſten Jahren zu gewärtigenden verheerenden Ueberschwemmungen der Thalgebiete, ungerechnet der unermesslichen Verluſte an Brenn- und Baumaterialwerthen, unberechenbar. Geſtern war der Rauch in unſerer Stadt nicht nur ſichtbar, ſondern für die Veruſchungsorgane auch fühlbar, obgleich die geringſte Entfernung vom Brandplaz in gerader Luſtrichtung mindestens 1 1/2 Meilen beträgt.“

„Es iſt eine lange, traurige Geſchichte mit Lydia und noch nie iſt ſie über meine Lippen gekommen,“ ſuhr der Freiherr fort, „aber Sie ſollen ſie erfahren, wenn auch nicht heute. Ja, heute will ich Sie ſogar bitten,“ fügte er mi leidenschaftlich auf ſie gerichteten Blick hinzu, „nicht länger hier zu verweilen. Ich habe einen Blick in Ihr reines, unſchuldvolles Herz geſehen — kein Mädchen unſerer Tage würde einen ſolchen Schritt unternommen haben.“

Lenore verſtand ihn nicht recht, aber ſie fühlte doch, daß er ihr eine Schmeichelei ſagte, oder vielmehr etwas, was ſo, wie er es ausſprach, in ſeinem Herzen lebte.

„Wollen Sie die Güte haben, mich nach Hauſe zu begleiten, wenigſtens bis zum Poſtilion?“ fragte Lenore ſchüchtern, denn ſie gedachte des Dieners.

„Sie können noch fragen? O,“ fügte er hinzu und doch war es, als wäre es ihm unmöglich, das auszuſprechen, was ſein Herz ſo mächtig bewegte, „wenn ich Sie doch überall begleiten könnte!“

Er reichte Lenore den Arm, zitternd legte ſie den ihren hinein. Beide ſprachen kein Wort und doch waren ihre Herzen ſo bewegt. Wie unrecht hatte Lenore ihm geſehen und wie ſchmerzlich fühlte ſie dieſes Unrecht! Jetzt ſtanden ſie an dem Pavillon, beide innerlich glücklich und doch in verſchiedener Weiſe.

„Leben Sie wohl Lenore!“ flüſterte Herr von Werden.

„Leben Sie wohl,“ entgegnete ſie leiſe.

Der Freiherr ſah, wie ſie leiſt und elatiſch über die Mauer ſprang und dann in der Richtung nach dem Hauſe zu raſch davon eilte. Er ſtand noch lange und ſchaute ihr nach, ſtumm und unverwandt, und erſt als er hörte, wie drüben eine Thür ins Schloß fiel, lehrte er langſam zurück, aber noch lange wanderte er in ſeinem Gemache auf und nieder.

(Fortſetzung folgt.)

Locales.

Krainiſcher Landtag.

XI. Sitzung.

Laibach, 7. Dezember.

(Schluß.)

Punkt 3. Der Bericht des Gemeindevorſchusses über die Anträge des Landesausschusses wegen Vertheilung: a) der Hutweide der Gemeinde Distrojno-Ordo, und b) der Hutweide der Stadtgemeinde Laas (Berichterstatter Murnik) wird ohne Debatte angenommen; so auch

Punkt 4, der Bericht des Finanzausschusses über die Darstellungen des Landesausschusses, betreffend die Einhebung und Abfuhr der Landes- und Grundentlastungszuschläge auf die Verzehrungssteuer und die Einbringung der bezüglichen Rückstände. (Berichterstatter Kromer.)

Punkt 5. Bericht des Finanzausschusses, wegen Refundierung der außerordentlichen Theuerungsbeiträge pro 1872 für die mit den Geschäften der Servituten-Ablösung betrauten politischen Beamten aus dem Grundentlastungsfonds.

Berichterstatter Dr. Costa beantragt die Theuerungszuschüsse vom 1. März 1872 angefangen zu übernehmen. (Wird angenommen.)

Punkt 6. Bericht des Finanzausschusses über den Landesausschussbericht, betreffend den Stand des Grundentlastungsgeschäftes in Krain. Berichterstatter Dr. Costa beantragt: Die Regierung sei aufzufordern, die Ausführung der 1870er Anträge und Beschlüsse inbetreff des Grundablösungsgeschäftes und der dabei beschäftigten Organe zu realisieren. (Wird angenommen.)

Punkt 7. Bericht des Finanzausschusses, betreffend die Bewilligung einer Unterstützung zur Herstellung eines Gemeindegeweges am rechten Save-Ufer von Natſchach bis Samedſſ. (Berichterstatter Murnik.)

Ueber Antrag des Ausschusses wird ein Betrag von 1000 fl. aus dem Landesfonde bewilligt.

Punkt 8. Bericht des Gemeindevorſchusses über die vorzunehmende Umlegung der über den Wagensberg im Bezirke Vittai führenden Concurrenz-Straße.

Berichterstatter Kromer bemerkt, daß mit Rücksicht auf die unterkraner Bahntrasse und die obwaltenden Localverhältnisse ein lebhafter Verkehr auf der projectierten Straße nicht zu erwarten sei; es wäre demnach nicht angezeigt, für die Umlegung der Straße Vorauslagen zu machen. In den Antrag des Gemeindevorſchusses sei also nicht einzugehen. (Wird angenommen.)

Punkt 9. Bericht des Volkswirtschaftsausschusses über den Antrag des Herrn Abg. Dr. Poklukar, betreffend die Triest-Vad-Kärntner Bahn und die bezügliche Petition.

Dr. Poklukar beantragt, die Regierung sei aufzufordern, das Predil-Projekt zu verwerfen und das Projekt Vad-Triest zu unterstützen.

Punkt 10. Erledigungen der Petitionen: 1. Den Juristen in Agram wurden entgegen dem Ausschussantrage 30 fl.; 2. dem krainischen Aushilfsbeamten-Kranken- und Unterstützungsvereine zum Gründungsfonds 50 fl. passirt; 3. die Petition betreffend die Bahnlinie Laibach-Karlstadt durch das Temenizthal (Berichterstatter Murnik) wird aus national-ökonomischen Rücksichten unter Betonung des Punktes Rudolfswert befürwortend vorgelegt werden, und 4. jene betreffend die Consortialcurie (Berichterstatter Deschmann) angenommen.

Punkt 11. Bericht des Ausschusses zur Prüfung der Wahl der Landtagsabgeordneten für die Landeshauptstadt Laibach.

Landeshauptmann-Stellvertreter P. Koster übernimmt den Vorsitz. Abg. Dr. Zarnik verliest den Bericht.

Abg. v. Langer bestritt dem Landesausschusse das Recht, aus Anlaß von Wahlprüfungen den Gemeinden die Steuervorschriften, Legitimationskarten, Wahlcertificat und die Nachweisung der erfolgten Zustellung an Wahlberechtigte abzufordern. Die Anforderungen des krainer Landtages erinnern an das Inquisitionsverfahren. Redner beantragt: die Wahlen Dr. v. Kalteneckers und Dr. Suppanns seien zu verificieren. (Beifall.)

Abg. Dr. Razlag spricht für die Verificierung; diese Frage schleppe sich bereits durch Jahre und constatiere bedenkliche kranke Zustände.

Abg. Dr. v. Savinschegg tritt ebenauch für die Verificierung ein und hält jede weitere Constatierung für überflüssig. Der Magistrat habe von der Militärbehörde das Verzeichnis der wahlberechtigten k. k. Militärs erhalten, deren Wahlberechtigung sei nicht zu bestreiten. Der Landtag habe sich ihm nicht gebührende Rechte angemacht, als er die Steuervorschriften abforderte. Redner betont, daß der Bericht in der Ausschussitzung gar nicht verlesen wurde und verletzende Ausfälle enthält.

Abg. Svetez spricht für die Verificierung.

Abg. Deschmann spricht für die Verificierung und verteidigt in längerer Rede den gesetzlichen Vorgang, die Ehre und Würde des Magistrates.

Abg. Dr. Zarnik als Berichterstatter betont die eminent politische Seite dieser Frage; in dieser Frage

ſei der Landtag ſouverän; die Vorgänge in den Landtagen zu Innsbruck und Peſt beſtätigen dieſe Anſicht; der Landtag halte am Geſetze feſt. Der Redner achte die Perſönlichkeit des Dr. v. Kaltenecker hoch, aber der Wahlact müſſe ſtrenge geprüft, entweder verificiert oder annulliert werden.

Bei namentlicher Abſtimmung wurde der Ausſchußantrag — auf weitere Prüfung beider Wahlen — mit 15 gegen 14 Stimmen angenommen.

Die Sitzung wird um 3 Uhr nachmittags abgebrochen und um 5 Uhr 20 M. wieder aufgenommen.

Punkt 12. Bericht des Adreſſenausschusses über die Kaiseradresse. Berichterstatter Abg. Dr. Costa.

Abg. Baron Apfaltrern vertritt die Minorität des Ausschusses und beantragt Uebergang zur Tagesordnung. Redner bemerkt: drei Punkte ſind es, in denen Majorität und Minorität ſich in Uebereinstimmung beſinden; erſtens, in Angelegenheiten der Grundlastenabſetzung; 2. in der Grundsteuerregulierungs-Frage, und 3. in der Unterſtützung des Triest-Vad-Eisenbahnprojectes. Alle drei Punkte haben in der ſo eben ablaufenden Landtagſeſſion bereits ihre Erledigung gefunden. Was den Ausdruck der Localitätsgedanken des Landes gegenüber der Krone betrifft, ſo werden auch dieſe heute noch zur Erledigung gelangen.

Abgeordneter Dr. Razlag unterwirft die Adreſſe einer ſtrengen Kritik. Der Redner erkennt die Wichtigkeit der Adreſſen an, könne aber für eine Adreſſe nicht ſtimmen. Die fragliche Adreſſe des krainiſchen Landtages wurde erſt vor kurzem verfaßt und zur Prüfung vorgelegt. Redner warnt vor Mißbrauch dieſes dem Landtage zuſtehenden wichtigen Rechtes gegenüber der Krone und bemerkt, daß der Adreſſentwurf zu wenig Gewicht auf die Wünſche der ſloveniſchen Nation lege, weshalb er auch für die Adreſſe in der vorliegenden Faſſung nicht ſtimmen könne. Dr. Razlag ſtellt den Antrag: die Adreſſe ſei einem Ausſchuſſe zur eingehenden Berichterſtattung zuzuweiſen und die Regierung aufzufordern, die Seſſionsdauer des krainiſchen Landtages bis 10. d. zu verlängern. (Der Antrag wird nicht unterſtützt.)

Abg. B. E. Suppan zeigt an, daß er mit der Adreſſe nicht einverſtanden ſei und ſein Mandat niederlege.

Berichterstatter Dr. Costa spricht gegen Apfaltrern und Razlag und empfiehlt die Annahme der Adreſſe. (Wird angenommen.)

Punkt 13. In den Reichsrath werden gewählt die Abg. Dr. Costa und Horak.

Punkt 14. Abg. Baron Apfaltrern wird zum Mitglied der Grundsteuerregulierungs-Commission gewählt.

Punkt 15. Bericht des Schulausschusses über die Ernennung des Dr. Johann Michal zum Mitgliede des Landeschulrathes.

Berichterstatter Abg. Dr. Costa legt dem Unterrichtsminister die Außerachtlassung des § 35 des Schulaufsichtsgesetzes zur Laſt.

Abg. Dr. Zarnik ſpricht im ähnlichen Sinne, erinnert an die Affaire Winter in Graz, und indem er nochmals die Verletzung des Geſetzes betont, gibt er ſich der Anſicht hin, daß das ganze Haus mit ihm einverſtanden ſein wird.

Der Herr Regierungsvorſteher betont: Der § 35 des Schulaufsichtsgesetzes ſei nicht verletzt worden, denn die Regierung könne vom Landtage wohl einen Vorſchlag einholen, ſei aber an den Vorſchlag nicht gebunden.

Abg. Baron Apfaltrern tritt der Anſicht der Regierung bei; die Regierung habe ſich bei dieſer Ernennung, vom juridiſchen Standpunkte aus betrachtet, nur von Utilitätsgründen leiten laſſen. Nach den Regeln der Geſetzesinterpretation ſei in dem Vorgange des Unterrichtsministers eine Geſetzesverletzung nicht wahrzunehmen. Redner bemerkt ſchließlich, daß es höchſt unklug ſei, gegen den Miniſter zu einer Zeit aufzutreten, in der ſeine Unterſtützung durch Bewilligung erforderlicher Subventionen vom Landtage in Anſpruch genommen wird.

Die Abg. Deschmann und Kromer ſtellen ſich auf den Standpunkt der Regierung.

Abg. Dr. Costa vertritt ſeinen Vertagungsantrag, der in zweiter und dritter Leſung angenommen wird.

Der k. k. Landespräſident ladet den Landeshauptmann ein, die Landtagſeſſion zu ſchließen.

Der Landeshauptmann conſtatirt in längerer Rede die Thätigkeit des Landtages und das eifrige Wirken des Landesausschusses; er dankt dem Landesregierungs-Präsidenten für die perſönliche Theilnahme an den Sitzungen und erſucht denſelben um gütige Verſicherung, daß den zum Beſchlusse erhobenen Geſetzen die A. H. Sanction ertheilt werde.

Der Herr Landespräſident Graf Auersperg erwidert: daß er nur ſeine Pflicht erfüllt habe und die beſchloſſenen Geſetze der landesherrlichen Sanction befürwortend unterbreiten werde.

Abg. Dr. Bleiweis dankt im Namen des Hauſes dem Landeshauptmann Dr. R. v. Kaltenecker für die umsichtige, taktvolle und unparteiſche Leitung der Landtagsverhandlungen, drückt demſelben hiefür die vollſte Anerkennung des ganzen Hauſes aus, und betont überdies deſſen energiſches Eingreifen in der Functiongebührenangelegenheit. (Lebhafte Beifall.)